

Zeitschrift: bulletin.ch / Electrosuisse

Herausgeber: Electrosuisse

Band: 98 (2007)

Heft: 6

Rubrik: Notiert = Noté

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

notiert / noté

Bundesrat beschliesst neue Energiepolitik

(uvek) Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 21. Februar eine Neuausrichtung der Energiepolitik beschlossen, um die drohende Energielücke zu schliessen. Die Strategie stützt sich auf drei Säulen: Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Grosskraftwerke. Als Übergangslösung sollen Gaskombikraftwerke gebaut werden, die ihren CO₂-Ausstoss vollständig kompensieren müssen. Die bestehenden Kernkraftwerke sollen ersetzt oder durch Neubauten ergänzt werden. Das UVEK wird bis Ende Jahr Aktionspläne mit den Massnahmen erarbeiten, die nötig sind, um die Energieeffizienz zu steigern und die erneuerbaren Energien zu fördern.

Die im Auftrag des Bundesamtes für Energie (BFE) erarbeiteten Energieperspektiven 2035 zeigen, dass angesichts des steigenden Energieverbrauchs die bisherigen energiepolitischen Massnahmen nicht ausreichen, um mittel- und langfristig eine sichere Energieversorgung der Schweiz zu gewährleisten. Bei den Energieträgern Öl und Gas ist die Versorgungslage aufgrund der Abhängigkeit vom Ausland und der begrenzten fossilen Reserven unsicher. Zudem müssen die CO₂-Emissionen angesichts des globalen Klimawandels deutlich reduziert werden. Beim Strom droht wegen dem Auslaufen der langfristigen Importverträge und der begrenzten Lebensdauer der Kernkraftwerke eine Versorgungslücke. Der Bundesrat hat deshalb neue energiepolitische Grundsätze festgelegt. Diese Strategie basiert auf vier Säulen:

- Energieeffizienz: Die wichtigste Massnahme zur Sicherstellung der künftigen Energiever-

sorgung ist der sparsamere Umgang mit der Ressource Energie. Dies ist dank neuer Technologien und einem energiebewussten Konsumverhalten ohne Komforteinbussen möglich.

- Erneuerbare Energien: Die Wasserkraft soll langfristig als wichtigste einheimische, erneuerbare Energie zur Stromversorgung erhalten bleiben und unter Berücksichtigung der Umwelt- und Gewässerschutzziele massvoll ausgebaut werden. Der Anteil der übrigen erneuerbaren Energien im Strombereich soll so ausgebaut werden, dass ein breit diversifizierter, wirtschaftlicher Energiemix zur Verfügung steht.
- Grosskraftwerke: Trotz der verstärkten Effizienzmassnahmen sowie des Ausbaus der Wasserkraft und der übrigen erneuerbaren Energien bleibt ab 2020 eine Restlücke in der Stromversorgung bestehen. Diese muss so klein als möglich gehalten werden, da sie nur durch konventionelle Grossenergietechnologien und teilweise durch Stromimporte gedeckt werden kann. Der Bundesrat befürwortet Gaskombikraftwerke (GuD) lediglich als Übergangsstrategie zur Deckung der restlichen Stromlücke. Der Bundesrat setzt weiterhin auf Kernenergie. Er erachtet den Ersatz der bestehenden oder den Neubau von Kernkraftwerken als notwendig.
- Energieaussenpolitik: Die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit insbesondere mit der EU ist eine weitere wesentliche Säule der Energiestrategie.

Das UVEK erarbeitet bis Ende 2007 Aktionspläne zu Energieeffizienzmassnahmen und zur För-



Der Bundesrat beschliesst in corpore eine neue Energiepolitik mit Grosskraftwerken.

derung der erneuerbaren Energien mit konkreten Vorschlägen auf Gesetzes- und Verordnungsstufe sowie die Strategie für eine verstärkte Energieaussenpolitik.

Le Conseil fédéral adopte une nouvelle politique énergétique

(detec) Le Conseil fédéral a décidé de réorienter la politique énergétique pour parer à la pénurie d'énergie attendue. La stratégie repose sur trois piliers: l'efficacité énergétique, les énergies renouvelables et les grandes centrales électriques. Comme solution transitoire, il est prévu de construire des centrales à gaz à cycle combiné, lesquelles doivent compenser entièrement leurs émissions de CO₂. Les centrales

nucleaires existantes doivent être remplacées ou complétées par de nouvelles constructions. Le DETEC élaborera, d'ici fin 2007, des plans d'actions présentant les mesures nécessaires à l'augmentation de l'efficacité énergétique et à la promotion des nouvelles énergies renouvelables.

Jungparteien gegen Gaskraftwerke

(d) Die Jungparteien von SVP, SP, FDP, CVP und Grünen erteilen dem Vorschlag des Bundesrats zum Bau von Gaskombikraftwerken unisono eine Absage. Für künftige Generationen seien diese Werke eine Hypothek. Neue Gaskraftwerke würden zusätzlich Millionen Tonnen von CO₂ ausspielen.

Energiepolitik löste Lob und Tadel aus

(m/d) Die Bundesratsparteien zeigten sich mehrheitlich erfreut über die neue Energiepolitik der Landesregierung für mehr Energieeffizienz, Förderung erneuerbarer Energien und neue Kernkraftwerke. Die FDP begrüsste den «Effort» des Bundesrates. Sie war jedoch gegen Gaskombikraftwerke. Auch die CVP stand dem Einsatz von Gaskraftwerken «reserviert» gegenüber, den Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke betrachtete die CVP als Option. Dass der Bundesrat Gewicht auf die Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien legt, begrüsste auch die SP. Die Partei war jedoch nicht glücklich über den vorgeschlagenen Bau neuer Kernkraftwerke. Zufrieden mit den Entscheiden des Bundesrates war hingegen die SVP. Die Stromlücken würden so gut umschiffen. Die energiepolitische Neuausrichtung des Bundesrats löste in den Medien ein enormes Echo aus. Der «Blick» titelte zum Beispiel «Ungebaute AKWs machen die Schweiz verrückt!».

Zwölf Jahre für ein neues Kernkraftwerk?

(nfs) In der Schweiz kann innerhalb von zwölf Jahren ein neues Kernkraftwerk gebaut werden. Zu diesem Schluss kommt Bruno Pellaud, Präsident des Nuklearforums Schweiz, in einer detaillierten Schätzung. Voraussetzung für einen solchen Zeitplan ist der politische Wille, die ab 2020 drohende Stromlücke rechtzeitig mit Kernenergie zu füllen.

In der Öffentlichkeit herrscht gegenwärtig eine grosse Verwirrung in der Frage, wie lange in der Schweiz das Genehmigungsverfahren und der eigentliche Bau eines neuen Kernkraftwerks dauern. Die Angaben schwanken zwischen knapp zehn Jahren und 25 bis 30 Jahren. Pellaud weist darauf hin, dass der erforderliche Zeitraum entscheidend von politischen Faktoren abhängt. In seiner detaillierten Abschätzung errechnet er auf der Grundlage des geltenden Kernenergiegesetzes einen Zeitbedarf von knapp zwölf Jahren – vom Einreichen eines Rahmenbewilligungsgesuchs durch

die Bauherrschaft bis zur Inbetriebnahme eines neuen Kernkraftwerks. Dieser Zeitbedarf schliesst eine Volksabstimmung ein und geht davon aus, dass rechtliche Einsprachen und die anschliessenden Bau- und Betriebsbewilligungsverfahren keine projektverzögernde Wirkung haben.

Voraussetzung dafür, dass der Zeitrahmen von zwölf Jahren eingehalten werden kann, ist neben dem Wollen der Stromversorger zum Bau neuer Kernkraftwerke die zügige Arbeit der politischen und administrativen Behörden. «Die Weichen dazu werden einzig in Bundesbern gestellt», schreibt Pellaud. Angesichts der drohenden Stromversorgungslücke ab 2020 fordert er die Strombranche und den Bundesrat auf, den Weg zum Bau neuer Kernkraftwerke ohne Verzug unter die Füsse zu nehmen, so dass das Volk im Jahr 2011 über eine erste Rahmenbewilligung entscheiden kann.

Für den Neubau eines Kernkraftwerks müssen gemäss Kernenergiegesetz drei Verfahren auf Bundesebene durchlaufen werden. Nötig sind nacheinander eine Rahmenbewilligung, eine Baubewilligung und eine Be-



Das Kernkraftwerk Gösgen wurde innert zehn Jahren gebaut (Bild KKG).

Baukonsortium für neues Kernkraftwerk

(ef) Atel-CEO Giovanni Leonardi gab bekannt, dass bis Ende Jahr ein Konsortium für den Bau neuer Kernkraftwerke stehen soll. Das Konsortium könnte bereits 2008 ein Gesuch für eine Rahmenbewilligung einreichen, falls der Bau an einem bestehenden Standort wie Gösgen oder Beznau geplant würde. So wäre eine Volksabstimmung über ein erstes neues Kernkraftwerk schon ab 2011 möglich. Zu einem Preis von bis zu 6 Millionen Franken könnte ein neues Kraftwerk zwischen 2017 und 2022 ans Netz gehen. Als Konsortiumspartner kämen für die Atel die Axpo und die BKW sowie auch Stadtwerke in Frage.

Leonardi will Konsortium für neues Kernkraftwerk.



triebsbewilligung. Mit der Rahmenbewilligung werden die grundsätzlichen, politischen Fragen entschieden. In erster Instanz befindet der Bundesrat über das Gesuch und legt seinen Entscheid dem Parlament vor. Der Beschluss des Parlaments untersteht dem fakultativen Referendum. Kommt es zustande, wird über die Rahmenbewilligung in einer eidgenössischen Volksabstimmung entschieden. Die anschliessende Baubewilligung erteilt hingegen das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek). Gegen dessen Entscheid besteht eine zweistufige Rekursmöglichkeit: an das Bundesverwaltungsgericht und ans Bundesgericht. Das Verfahren zum Erlangen der Betriebsbewilligung ist ähnlich wie jenes bei der Baubewilligung. Es wird während der vier- bis fünfjährigen Bauphase abgewickelt und beeinflusst damit die übergeordnete Zeitplanung nicht.

Douze ans pour une nouvelle centrale nucléaire

Il est possible de construire une nouvelle centrale nucléaire en Suisse en l'espace de douze ans. C'est à cette conclusion que parvient Bruno Pellaud, Président du Forum nucléaire suisse, dans une estimation détaillée. La condition préalable à un tel calendrier est la volonté politique de combler en

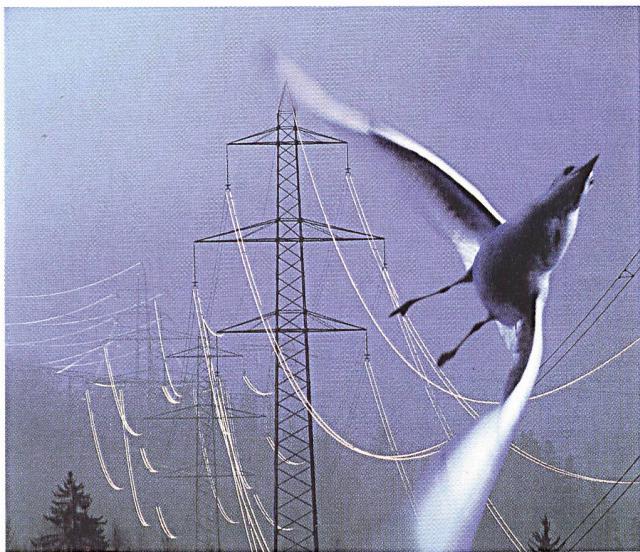
temps utile, avec l'énergie nucléaire, le déficit d'électricité qui menace à partir de 2020.

Schweizer Stromversorgung sicher gestellt

(a) Die Vereinigung der europäischen Übertragungsnetzbetreiber (UCTE) hat der Schweiz in einem neuen Bericht punkto Versorgungssicherheit auch langfristig ein gutes Zeugnis ausgestellt. Für Österreich, Belgien, Deutschland, Frankreich, Slowenien, Kroatien, Luxemburg, Holland, Bosnien-Herzegowina und die Schweiz wird laut Bericht bis 2015 eine generell ausreichende Stromerzeugung erwartet. In allen anderen europäischen Ländern ist nicht sichergestellt, bis 2020 über ausreichende Erzeugungskapazität für Strom zu verfügen.

Unterschätztes Risiko steigender Energiepreise

(kpmg) Der starke Anstieg und die hohe Volatilität der Energie- und Rohstoffpreise belasten das Unternehmensergebnis zahlreicher Unternehmen. Trotzdem verzichten viele darauf, Rohstoffrisiken mit geeigneten Instrumenten abzusichern. Die meisten Firmen begnügen sich damit, Mehrkosten auf die Konsumenten zu überwälzen. Zu dieser Erkenntnis



Hohe Volatilität der Strompreise auf dem Markt.

kommt eine breit angelegte Studie von KPMG bei der Unternehmen in Österreich, Deutschland und der Schweiz befragt wurden.

Die steigenden, stark volatilen Preise für Energie und Rohstoffe sorgen für Unsicherheit. Ertragsprobleme werden wahrscheinlicher. Betroffen sind vor allem Unternehmen, bei welchen Energie und Rohstoffe einen grossen Anteil der Gesamtkosten ausmachen – allen voran die Branchen Energie, industrielle Fertigung sowie Chemie und Pharma. Den Firmen fällt es zunehmend schwer, verlässliche Ertragsprognosen zu erstellen, was wiederum Investoren verunsichert. Angesichts dieser Veränderungen hat sich KPMG zu einer branchenübergreifenden Studie über den Umgang mit Energie- und Rohstoffpreisrisiken entschlossen.

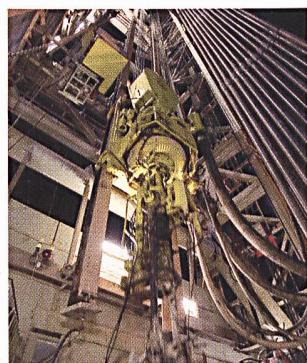
«Im Bereich Energie und Rohstoffe gehen viele Unternehmen ein grosses Risiko ein», fasst Thomas Küng, Leiter Finance and Treasury Management KPMG Schweiz, die Untersuchung zusammen. «Zwar stuften 93% der befragten Unternehmen Risikomanagement als wichtig ein, der konkreten Absicherung von Rohstoffrisiken wird trotzdem zu wenig Beachtung geschenkt. Nur 62% sichern einen Teil der benötigten Rohstoffe ab. Hier besteht deutlicher Handlungsbedarf.»

Finanzrisiken, das zeigt die Studie weiter, werden im Gegensatz dazu weitaus häufiger abgesichert. 78% der Befragten geben

an, Zins- und Fremdwährungsrisiken unternehmensweit abzustimmen. Dies ist bemerkenswert im Hinblick auf die Volatilität und damit auf das Risiko: Obwohl Rohstoffpreise erheblich volatiler sind als Zinsen und Devisen, sichern sich die Unternehmen seltener gegen die daraus resultierenden Risiken ab.

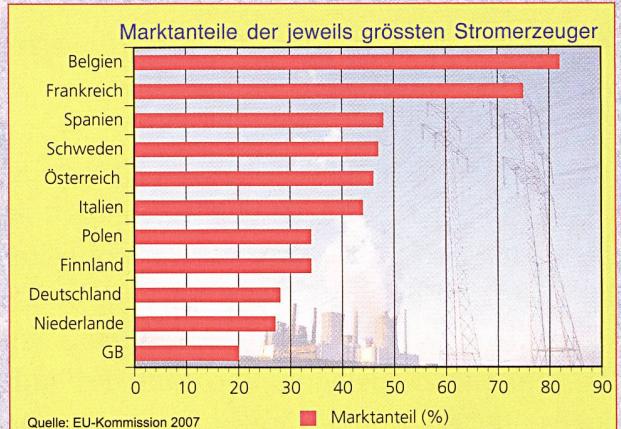
Nach dem Rückschlag des Basler Geothermie-Projektes mehr Forschung gefordert

(svg) Die ungenügenden Erfahrungen und wissenschaftlichen Kenntnisse, die nach den erfolgten Erdbeben des Deep Heat Mining Geothermieprojektes in Basel offensichtlich wurden, zeigen, dass ein breit angelegtes Forschungsprogramm zur Stromerzeugung aus heissem Tiefenstein nötig ist. Die bisher kaum erforschte und entwickelte Nut-



Seit Dezember 2006 ruhen die Anlagen in Basel (Bild Geopower).

Unterschiedliche Wettbewerbsintensität



Marktanteil des jeweils grössten Stromerzeugers einiger europäischer Länder an der Produktion in Prozent (Quelle: EU-Kommission, «Energy Sector Inquiry», Januar 2007).

(m/vdew) Beim Vergleich der Wettbewerbsintensität im europäischen Strommarkt gibt es erhebliche Unterschiede. Das zeigt der jüngste Bericht der Europäischen Kommission. Den grössten Marktanteil eines einzelnen Erzeugers hat sie in Belgien festgestellt: Der grösste Stromproduzent kommt dort auf einen Marktanteil von 82 Prozent. In Frankreich liefert der grösste Erzeuger 75 Prozent der Stromproduktion des Landes, ermittelte die Kommission in ihrer Untersuchung der europäischen Energiemarkte. Sie hatte dafür Daten von mehr als 3000 Energieunternehmen erhoben.

zung der tiefen Geothermie sollen verstärkt gefördert werden. Die Chancen und Risiken der Geothermie sollen mit aller Gründlichkeit evaluiert werden. Dies verlangt der Vorstand der Schweizerischen Vereinigung für Geothermie, SVG.

Umweltminister fordern UNO-Organisation für Umwelt

(ef) Am 3. Februar 2007 ist in Paris eine internationale Konferenz von rund 150 Ministern und Wissenschaftlern über die globale Umweltpolitik mit einem Appell zu

Ende gegangen. Die Umweltkonferenz ruft darin zur Schaffung einer UNO-Unterorganisation für Umwelt nach dem Vorbild der Weltgesundheitsorganisation auf. Der Appell fordert rascheres, effizienteres, kohärenteres und ambitionierteres Handeln, um die «Gefahren, die sogar das Überleben der Menschheit bedrohen» – insbesondere den Klimawandel – abzuwenden. Die Schweizer Parteien haben mit Forderungen nach einer dringlichen Debatte und einer Sondersession auf die Veröffentlichung des Klimaberichts reagiert. Neben SP und Grünen fordern auch FDP und CVP, dass gehandelt wird.

Das Zitat

«Die Energieversorgung des Landes ist Sache der Privatwirtschaft. Wir müssen ihr die Möglichkeit geben, Kraftwerke zu bauen – und basta.»

Bundesrat Christoph Blocher in der «Weltwoche»

